



Perlachgucker

Zeitung der DKP Augsburg

Frühjahr 2018



Schluss mit der Abzocke beim Nahverkehr!

Die Stadtwerke und der Augsburger Verkehrs- und Tarifverbund (AVV) hatten es doch nur gut gemeint mit den Augsburgern und Augsburgern: »Einfacher und fairer« seien die neuen Tarife beim AVV, hieß es. Tatsächlich war das, was sich da irgendwelche Planer ausgedacht haben, nichts anderes als eine unverschämte Fahrpreiserhöhung für viele. Und es war ja nicht so, dass die Empörung der Menschen darüber überraschend gekommen wäre. »Das wird Ärger bei den Fahrgästen geben«, zitierte die »Augsburger Allgemeine« schon im vergangenen Juni SPD-Kreisrat Harald Güller. Doch die Mehrheit der Stadt- und Kreisräte wusste es besser und beschloss die neuen Tarife.

Im Kern bedeutet die seit 1. Januar gültige neue Tarifstruktur, dass jede Fahrt automatisch Preisstufe 2 (zwei Streifen) kostet.

Für viele Fahrgäste bedeutet das eine Preiserhöhung um 100 Prozent. Um diese Härte abzufedern, so das Versprechen der Planer, gibt es nun die Kurzstrecke, die vier Haltestellen (ohne Einstieg) umfasst. Nur: Der AVV hat seine Buslinien nun so gelenkt, dass sie oft viele Schleifen fahren, so dass die Passagiere kaum vorangekommen sind, wenn das Ende der »Kurzstrecke« erreicht ist. So kommen manche mit dem AVV nicht einmal mehr zum nächsten Supermarkt. Ein Griff in die Taschen älterer und körperlich eingeschränkter Menschen, die sich keine langen Fusswege mehr erlauben können.

Das Fiasko des AVV zeigt nur ein weiteres Mal: Es kann nicht sein, dass Nahverkehrsunternehmen ihren Betrieb durch immer höhere Preise finanzieren wollen oder sollen. Mobilität ist heute eine Notwendigkeit, und deshalb ist es eine öffentliche Aufgabe, die Menschen von A nach B

zu bringen – unabhängig von der Dicke ihres Geldbeutels.

Überraschend hat die Bundesregierung vor einigen Wochen in einem Schreiben an die EU-Kommission den Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr ins Spiel gebracht und angekündigt, diesen in mehreren Städten auszuprobieren. Augsburg steht nicht auf der Liste der Pilotprojekte – aber wer sagt denn, dass wir auf Brüssel warten müssen? Überraschen wir doch einmal den Rest des Landes durch innovative Ideen, die Bürokratie abbauen, die Umwelt schützen und den Menschen helfen.

Das Geld dafür fehlt? Ein Staat, der Jahr für Jahr auf Milliarden verzichten kann, weil er Steuerhinterziehung nicht verfolgt, Unsummen in die Rüstung pumpt und die Reichen nicht zur Kasse bittet, sollte ganz ruhig sein. Geld ist genug da. Wir müssen es holen, wo es ist: Bei den Banken und Konzernen!

**KITAS
STATT
KRIEGE!**

Geld ist genug da –
Abrüstung statt Aufrüstung!



NATO
STOPPEN!
DKP
news.dkp.de

Solidarität ist unsere Losung!

Wir unterstützen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Bund und Kommunen bei ihren berechtigten – und bescheidenen – Forderungen in der aktuellen Tarifrunde. ver.di und die anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes fordern 6,0 Prozent, mindestens aber 200 Euro mehr Gehalt im Monat. Zudem sollen Ausbildungsvergütungen und Praktikantentgelte um 100 Euro pro Monat angehoben werden. Die Regelung, dass Azubis nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung übernommen werden, soll wieder in Kraft gesetzt werden. Zudem will ver.di, dass der Nachtarbeitszuschlag in Krankenhäusern auf 20 Prozent angehoben wird.

**BILDUNG
STATT
BOMBEN!**

Geld ist genug da –
Abrüstung statt Aufrüstung!



NATO
STOPPEN!
DKP
news.dkp.de

Ungebremst trotz »Mietpreisbremse«

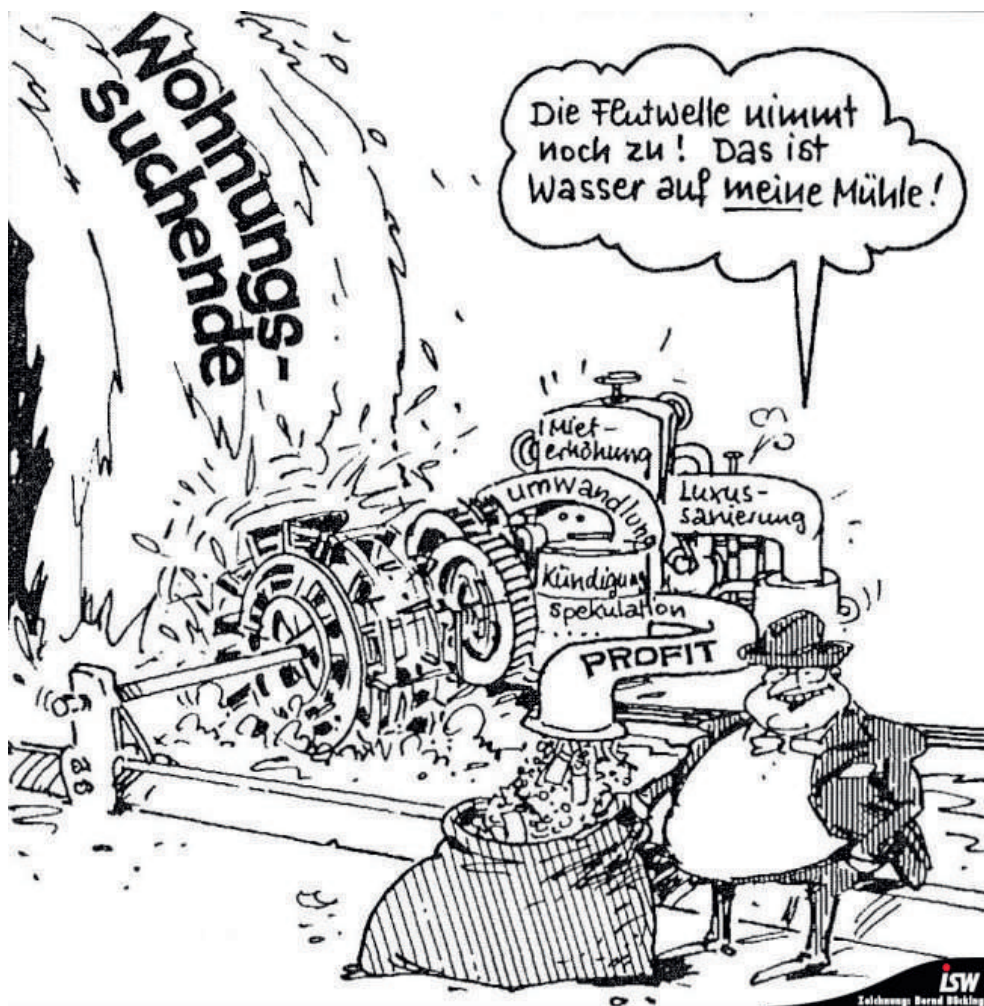
Mit dem »Gesetz zur Dämpfung des Mietanstiegs auf angespannten Wohnungsmärkten« wurde 2015 die sogenannte Mietpreisbremse eingeführt, eine der wichtigsten sozialdemokratischen Errungenschaften der letzten »Groko«. SPD-Minister Heiko Maas preist seine Leistung: »Mit der Mietpreisbremse haben wir erstmals ein Instrument geschaffen, mit dem nicht mehr der Vermieter allein die Höhe des Mietpreises bestimmt.« Gut gebrüllt Löwe! Aber was ist aus dem Ganzen geworden?

Laut Gesetz ist bei Neuvermietung eine Steigerung von maximal 10 Prozent im Vergleich zur ortsüblichen Miete zulässig. Das klingt gut. Die Gültigkeit des Gesetzes wird aber eingeschränkt. Zum Beispiel räumlich auf Gebiete, deren »Wohnungsbevölkerung wächst, ohne dass durch Neubautätigkeit ... erforderlicher Wohnraum geschaffen wird«.

Für Augsburg trifft das zu. Immer mehr Augsburger konkurrieren um ein enger werdendes Wohnungsangebot. In Augsburg herrscht insbesondere für die, die wenig oder kein Geld haben, Wohnungsnot. Das ist seit Jahren bekannt. Genauso wie die Tatsache, dass die horrenden Mietpreise in München auch auf Augsburg immer mehr Druck ausüben werden. Dass heute auch Augsburger »Normalverdiener« immer schwieriger eine Wohnung finden, die sie sich leisten können, war absehbar. Die Mieten explodieren weiter.

Und nicht nur bei uns. In allen großen deutschen Städten steigen die Mieten und steigen und steigen. Familiennachwuchs, die neue Arbeitsstelle in der fremden Stadt – ein Umzug in eine neue Wohnung wird geradezu unerschwinglich.

Und die Mietpreisbremse? Bis vor kurzem war es in Augsburg für einen einzelnen Mieter praktisch unmöglich, das neue Gesetz einzuklagen, denn es fehlte der Nachweis, dass die Mietsforderung tatsächlich



mehr als zehn Prozent über der ortsüblichen Miete liegt. Ohne anerkannte statistische Grundlagen, ohne einen sogenannten Mietspiegel, war dieser Nachweis nicht zu führen. Das Gesetz fand praktisch keine Anwendung.

Seit Ende 2017 gibt es ihn nun, den amtlichen Augsburger Mietspiegel. Der Stadtrat hatte ein Jahr gebraucht, sich überhaupt zu seiner Erstellung durchzuringen, einhalb Jahre dauerte seine Fertigstellung. Aber jetzt ist er da. Und die durchschnittliche Miete bei Neuvermietung beträgt: 7,27 Euro/Quadratmeter.

Schaut man im Internet jedoch nach aktuellen Mietangeboten, hält kaum ein Angebot diese Grenzen ein. Wie kann das geschehen?

Das liegt zum Beispiel daran, dass die »Mietpreisbremse« auch sachliche Einschränkungen hat. Wurde der Wohnwert einer Immobilie verbessert (Renovierung, Möblierung), gilt die Mietpreisbremse nicht. Ist es ein Neubau, war die Miete

schon vorher höher als die ortsübliche, gilt sie ebenfalls nicht.

Und was ist mit den Wohnungen, die nicht unter solche Einschränkungen fallen? Dem Vermieter ist es nicht verboten, so viel zu verlangen, wie er will. Der Mieter oder die Mieterin müsste also erst den übersteuerten Mietvertrag unterzeichnen, einziehen und dann gegen die überhöhte Miete klagen. Wer den Mut und die Kraft dazu hat, sollte die Mietpreisbremse nutzen. Es ist anzuraten, sich mit dem örtlichen Mieterverein in Verbindung zu setzen. Eine Rechtsschutzversicherung kann auch sehr hilfreich sein, sie minimiert das Prozesskostenrisiko.

Und die Übrigen, die mit weniger Mut, weniger Geld? Für die gilt das vollmundige Versprechen von SPD-Minister Maas: »Mit der Mietpreisbremse haben wir erstmals ein Instrument geschaffen, mit dem nicht mehr der Vermieter allein die Höhe des Mietpreises bestimmt.« Leider nur theoretisch.

Mieterverein Augsburg und Umgebung e.V.

Tel. (08 21) 15 10 55

www.mieterverein-augsburg.de

Mieterbeistand e.V.

Tel. (0821) 59 00 70

www.mieterbeistand.de

»Nicht nur ein paar Reförmchen«

Augsburgs SPD sucht nach Ursachen für Desaster

Unter der Überschrift »Quo vadis, SPD - wie geht's weiter?« kommentiert die Augsburger SPD-Bundestagsabgeordnete Ulrike Bahr im örtlichen Infoblatt ihrer Partei die herben Verluste der Sozialdemokraten bei der Bundestagswahl. Sie schreibt: »Wir haben auf allen Ebenen in unserer Gesellschaft damit zu tun, dass sie nicht weiter auseinanderfällt, in arm und reich ... Wir brauchen nicht ein paar Reförmchen hier und dort, sondern müssen ganz grundlegend ansetzen, wie wir in unserer Gesellschaft einen gerechten Ausgleich schaffen, damit alle Menschen ein Auskommen haben.« Von einem Mitglied der seit Jahren mitregierenden SPD-Fraktion im Bundestag sind das starke Worte. Nur: Wie wäre es, damit mal vor Ort anzufangen?

In Augsburg gibt es eine grün garnierte »Groko«. Dritter Bürgermeister ist Dr. Stefan Kiefer, SPD. Ihm untersteht das Sozialreferat. Augsburg ist in Bayern die Stadt, deren Bürger statistisch das geringste Einkommen aufweisen. Schon deshalb ist das Sozialreferat für viele Augsburger von besonderer Bedeutung. Wenn das Geld für die Miete wegen zu niedriger Rente oder Hartz-4-Bezug nicht langt, muss die Stadt einen Mietkostenzuschuss gewähren.

Seit Jahren rechnet das Augsburger Sozialreferat die Höhe dieses Zuschusses mit allerlei Tricks klein – und das, obwohl diese Rechenispiele zu Lasten der



Schwächsten immer wieder von den Gerichten beanstandet wurden. So 2015: Die Stadt hatte als Grundlage der Mietsteigerungen die allgemeine Teuerungsrate genommen. Die jedoch spiegelte, wenig überraschend, die tatsächlichen Kosten für die Unterkünfte nicht wider. Deshalb forderte das Augsburger Sozialgericht die Auszahlung des Mietkostenzuschusses in ausreichender Höhe. Das werde jedoch, so die »Augsburger Allgemeine« am 11. Dezember 2015, der Stadt jährlich Mehrkosten in Höhe von rund drei Millionen Euro verursachen. Kiefer kündigte deshalb an: »Wir werden in Berufung gehen.«

2016 erneuerte die Stadt die Berechnungsgrundlage und zog die Mieten der städtischen Wohnungsbaugesellschaften heran. Das Sozialgericht lehnte aber auch

das ab, weil zu solchen Preisen auf dem »freien« Wohnungsmarkt nichts angeboten würde. Auch das beeindruckte die Stadt nicht, sie ging wieder in Berufung.

Ende 2017 erging vor dem Landessozialgericht München endlich ein letztinstanzliches Urteil (14.12.2017 – L 7 AS 408/15), das auch diese »neue« Berechnungsmethode verwirft. Kiefer schätzt die fälligen Nachzahlungen auf eine Summe »im mittleren fünfstelligen Bereich«, so die »Augsburger Allgemeine« am 19.12.

Moment mal – Zweieinhalb Jahre zuvor war Kiefer doch noch von Millionenkosten ausgegangen! Durch die Prozessiererei hat Kiefer wohl erreicht, dass viele Berechtigte ihre Ansprüche juristisch nicht geltend gemacht haben und nun keinen Anspruch auf die Nachzahlung haben. Er hat damit auf Kosten der Schwächsten erreicht, dass der Sozialhaushalt nicht erhöht werden musste.

Wir empfehlen dennoch allen, die über den Mietkostenzuschuss für ihre Miete gezahlt haben, Widerspruch einzulegen, und sich juristisch beraten zu lassen. Unter Anspruchnahme von Prozesskostenhilfe (Zivilprozessordnung, §114) kann dies kostenfrei erfolgen.

Um die Spaltung der Gesellschaft in arm und reich zu verändern, »müssen (wir)

ganz grundlegend ansetzen«. Da ist MdB Bahr zuzustimmen. Bevor man aber dafür auf neue SPD-Mitglieder setzt, sollte man nicht die alten auf Linie bringen, insbesondere wenn sie öffentliche Ämter bekleiden?

Das mindeste wäre jetzt, dass das Augsburger Sozialreferat unter Dr. Kiefer überprüft, wie ein nachträglicher Ausgleich für den zu geringen Mietkostenzuschuss möglich ist. Und wäre es nicht ganz einfach möglich, alle Leistungsbezieher anzuschreiben, sie über ihre höheren Ansprüche und darüber, wie diese einzufordern sind, zu informieren? Wer auf jeden Cent achten muss, wird die SPD an solchen Dingen messen.

Wer ernsthaft für grundlegendere Änderungen ist, sollte sich allerdings überlegen, ob er bzw. sie nicht besser bei den Kommunisten, in der Deutschen Kommunistischen Partei, aufgehoben ist.

Dr. Perlachgugga



Grias eich, i bims wieda, eier Perlachgugga!

Sagts amol, des is ned wirklich woa, des was dia von de Schtadtwerke da etzad fir a komischs Tarifdurchananda eigführt ham, oda? Erscht hams mer verzählt, das koine Wochakarda mer geba duat... des Negschte was bei mir oba akomma is, des war, das in dr' Firnhabrau zum

Beischbil ned amol mehr mit oim Schdroifa auf dr' Schdroifakart bis zum oinziga Subamargt naukommisch. Und des mit dene blede Kurzschtregga hab I glob I imma no ned verschdanda: Wennsch also bei mir drom am Rathausblatz eischdaiga duasch, nocha kommsch gar nimmr so weid...also konkret mit oim Schdroifa vo da Schdroifakart kommsch mit dr' Zwoier grad no bis Senklbach oder aba in dia andere Richtung bis zum Roda Tor; mit dr' Oinser Richtung Lechhausa bis zur Berliner Allee oda - wenn Richtung Geggenga willsch - bis zum Maiskolba, also bis zum Hotelurm...muasch immer mit dr' Halteschtell, wosch eischdeiga duasch bis 5 zähla...moinsch wia viele Augschburga, dia wo ned a so oft fahra duan, des falsch machen?

Neilich hod ma oine, dia wo im Rathaus arbeide duad und a Monatskart für'd Innaschdadt hot, verzählt, dass se wegen a Veranschdaldung vo ira Gwerkschaft ganz nunda ind Firnhabrau gmiast hot. Und dann hot'se trotz ihrer Monatskart no zwoi Schtroifa hi und zwoi Schtroifa wiada zrug braucht. Und wia I heit ibrigens rausgfunda hab, derfn die vo dr' Polizei, dia wo eigentlich ja alle recht guad verdiena duan, mit Irm Dienschtausweis umsonsch fahra! Des is doch ned woa, oda? Aba ob dia ibahaupt bis fünf zähla kenna duan? Und schtellts eich vor; dia vo Kolping ham aufm Fasching a neis Blätzle für mei Michale gsuaucht, weil dia vom Bauamt von dr' Schdadt mi endlich wieda gscheit herrichta wolln, weil I greislig und baufällig daher komm. Eigentlich ded i saga, das dia Reischlische Wirtschaftschual und dia Fachoberschul no viel greisliga daher kommen, als wia I... Aber gugg ma mol, ob des dr' Schdaditseggl wirklich des Jahr hergibt, dass I wieda schee bin...

Aba mei Michale lass I mir ned nemma! Bis zum nächschta Mol!

MEINE SCHULE KANN SCHIMMELN,

WAS KANNST DU?



Augsburger Ostermarsch

**Ostersamstag, 31. März 2018,
11.30 Uhr, Moritzplatz, Augsburg**
Den Aufruf finden Sie auf
www.dkp-augsburg.de

Rückt das Geld raus! Von kaputten Türen, Burnout, Platzmangel und einer nötigen Renovierung

Kaum sind die Schulferien vorbei, erwartet auch die FOS/BOS Augsburg wieder ein Ansturm von wissbegierigen Schülerinnen und Schülern: Rund 1.700 von ihnen stehen einem Lehrerkollegium mit ca. 160 Lehrkräften gegenüber. Bestimmt mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler schreibt in diesem Jahr ihr (Fach-)Abitur und startet danach ins »echte« Leben. Es herrscht ein gutes Klima unter den Jugendlichen. Doch auch das kann nicht über den desaströsen Gebäudezustand der Schule hinwegtäuschen. Sie benötigt eine Renovierung. Angefangen beim Brandschutz, überlaufenden Toiletten, eingerissenen, tropfenden Decken und ein schreckliches Arbeitsklima durch stickige Räume oder durch den Mangel an Tischen und Stühlen: Diese Schule ist eine Katastrophe. Der ganze Bau stammt aus den 1970er Jahren.

Auch die Lehrerinnen und Lehrer sind sich immer wieder unschlüssig, ob neue elfte Klassen in ihren zwei bis maximal drei Jahren Besuchszeit auf der FOS/BOS den Umbau noch erleben werden. Aber warum ist das Geld für einen derart wichtigen Schulumbau nicht vorhanden? Ganz einfach: Weil die Stadt Augsburg andere

Sachen für wichtiger hält, als eine gute Bildungseinrichtung für die Schülerinnen und Schüler. Zum Beispiel einen neuen Hauptbahnhof, dessen Dauerbaustelle wohl allen Einwohnern den letzten Nerv raubt. Aber nicht nur die Jugendlichen leiden unter den Bedingungen in ihrer Schule, auch die Lehrkräfte sind betroffen. Sie können durch fehlendes oder mangelhaftes Material ihren Unterricht nicht so gestalten, wie sie es sich wünschen oder wie es am besten für die Schülerinnen und Schüler wäre. Sie müssen daher zu Hause mit mehr Aufwand den Unterricht vorbereiten und Material suchen, da die Bücher teilweise älter als die Schülerinnen und Schüler sind.

Nicht nur der FOS/BOS Augsburg geht es schlecht. Bundesweit gibt es unzählige Schulen, die sich in einem miserablen Zustand befinden, weil angeblich kein Geld vom Staat da ist. Der gleiche Staat kann aber im Jahr 2016 rund 37 Milliarden Euro für militärische Ausgaben bereitstellen. Zur Erinnerung: Eine Milliarde sind 1000 Millionen. Wir reden also von 37.000 mal eine Million Euro.

Wir sagen: Schluss mit Milliarden für die Rüstung – her mit dem Geld für unsere Schulen!



Am 5. Mai ist die Gründung der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) 50 Jahre her. Grund genug, den Geburtstag ausgiebig zu feiern – zum Beispiel vom 18. bis 21. Mai auf dem Pflingstcamp. Weitere Infos & Mitfahrgelegenheit über www.facebook.com/sdaj.augsburg/



Es ist wieder soweit: Die Kommunistinnen und Kommunisten laden ein zum 20. UZ-Pressifest! Es findet vom 7. bis 9. September 2018 in Dortmund (Revierpark Wischlingen) statt.

Ein Festival der linken Kultur. Hier steht das solidarische Handeln im Mittelpunkt und nicht Resignation.

Eintritt frei! Getränke- und Essenspreise, die sich auch Geringverdiener leisten können.

Es kommen:

Konstantin Wecker

Esther Bejarano & Microphone Mafia

Calum Baird

Kai Degenhardt

Klaus der Geiger

Erich Schaffner

Jane Zahn u.v.m

Darüber hinaus gibt es: Klezmer, Punk, Liedermacher, Rumbia, Ska, Theater, Lesungen, Kinderfest, Flohmarkt, Diskussionen, Ausstellungen, Grafiken von Dieter Süverkrüp, internationale Spezialitäten

Internet: pressefest.unsere-zeit.de

Perlachgucker *Perlachgucker* wird herausgegeben von der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) Augsburg.
V.i.S.d.P.: Andreas Spector, c/o Hans-Beimler-Zentrum, Manlichstr. 3, 86154 Augsburg.

Kontakt: info@dkp-augsburg.de

Internet: www.dkp-augsburg.de, **Facebook:** www.facebook.com/dkpaugsburg

